

VIVANT- Fraktion

Plenardebatte vom 06.12.2006

Sehr geehrter Herr Präsident,
Sehr geehrte Mitglieder des Parlamentes und der Regierung,
Sehr geehrte Damen und Herren,

Im Bereich des Unterrichtswesens konnte ein Laie der Materie, so wie ich, seit 2 Jahren den Eindruck gewinnen, dass große Erneuerungen auf den Weg gebracht werden sollten, sowohl in Bezug auf die Infrastrukturen als auch in Bezug auf die Lehrmethodik. Auch wenn Sie, Herr Minister Paasch, als Nicht-Pädagoge ebenfalls kein Experte sind, so stehen Ihnen jedoch erfahrene Pädagogen in großer Zahl zur Seite. Deshalb sollte man davon ausgehen können, dass der Unterrichtsbereich in der DG optimal regiert wird.

Während der letzten Monate hat diese bei der VIVANT-Fraktion tatsächlich bestehende Meinung einige Dämpfer abbekommen.

So z.B. als im Verlauf der Vorstellung der Einführung der "Kernkompetenzen" die Expertin zu der Schlussfolgerung kam, dass das Projekt in der Theorie zwar sehr gut sei, dass diese Schlüsselkompetenzen aber in der Praxis nicht angewandt würden. Deshalb müsse das Ganze präzisiert werden, und es müsse auch wieder verstärkt auf die Grundkompetenzen geachtet werden.

Dass hierin ein Bedarf besteht wird offensichtlich vor allem von den Lehrkräften in der beruflichen Ausbildung bestätigt, wenn dort viele Schüler die Grundfertigkeiten Lesen, Schreiben und Rechnen nur mangelhaft beherrschen, und wenn ein erschreckend hoher Prozentsatz der Schüler den Abschluss nicht erreicht.

Zu denken gab auch die Einordnung der Sprachen an den Sekundarschulen nur an der 6. Stelle der Rangordnung. Es erscheint uns auch kein besonderes Qualitätsmerkmal zu sein, wenn viele Absolventen des Sekundarschulunterrichts, also nach dem Abitur, dann die Abendschule besuchen müssen, damit sie genügend Französischkenntnisse erwerben, um weiter studieren zu können.

Hier kommen wir erneut auf die bereits früher gestellte Forderung eines Beginns des Französischunterrichts so früh wie möglich und so kompetent wie möglich, bereits ab dem ersten Kindergartenjahr, zurück. In diesem Bereich sollte nicht gespart werden, um eventuell zusätzliches Lehrpersonal einzustellen. Wir fordern mehr statt weniger Lehrpersonal. Es ist doch allgemeiner Wissensstand, dass es sich in kleineren Gruppen besser lernen lässt. Die Atmosphäre ist entspannter, sowohl für Schüler und – genau so wichtig - auch für die Lehrer. Es liegt doch auf der Hand, dass es nur unter stressfreien Bedingungen möglich ist, das Kind in seiner Individualität zu fördern und sich entfalten zu lassen. Das gilt auch und gerade für die Kinder, welche schon sehr früh Lernschwierigkeiten erkennen lassen.

Das gesamte Konzept der Kernkompetenzen erschien bei der Vorstellung schlüssig und überzeugend. Die VIVANT-Fraktion ist sehr damit einverstanden, dass neben der reinen Fachkompetenz auch Sozial- und Persönlichkeitskompetenz, bzw. insgesamt Handlungskompetenz berücksichtigt wird.

Wir hatten in diesem Zusammenhang auch schon die Einführung eines Unterrichtsfachs der gesunden Lebensführung angeregt. Ganz selbstverständlich ergeht deshalb nochmals unsere Mahnung, doch, bitte sehr, dem Beispiel der Französischsprachigen Gemeinschaft zu folgen in Bezug auf ein komplettes Rauchverbot innerhalb des Schulgebäudes und auf dem gesamten Schulgelände. Ob die Lehrer und Schüler, welche auf Grund ihrer Nikotinabhängigkeit rauchen müssen, sich nun 50 oder 100 Meter weiter bis außerhalb des Schulgeländes begeben um zu rauchen, das macht für diese Suchtbetroffenen wenig aus. Der Vorbildcharakter, bzw. der ideelle Gewinn für die Schule in den Augen der Schüler und der Öffentlichkeit würde aber eine sehr starke Aufwertung erhalten. Und noch wesentlicher als das, es ist ja doch erwiesen, dass auf Grund eines vollständigen Rauchverbots eine ganze Reihe von Kindern und Jugendlichen von der ersten Zigarette abgehalten werden.

Bei der Vermittlung dieser sozialen und Persönlichkeitskompetenzen erkennen wir allerdings auch, dass die Schule und ihre Lehrkräfte kein Ersatz für die Eltern sein können. Wenn sich z.B. der Lehrer müht, dem Schüler Selbstbewusstsein zu vermitteln, und wenn dann im Elternhaus keinerlei Sensibilität für diesen Bedarf besteht, dann kann die beste Schule nicht viel ausrichten.

Hier stellt sich für uns die Frage, inwieweit es dann nicht notwendig ist, bei lernschwachen oder problematischen Schülern und Jugendlichen verstärkt auch die Elternfortbildung in den Gesamtplan mit einzubeziehen.

Sehr geehrter Herr Minister Paasch,

Zum Abschluss noch folgende Frage. Stimmt es, dass im Bereich der Abendschule sowohl Direktions- als auch Lehrpersonal gekündigt werden soll, obschon eine große Nachfrage für Weiterbildungsangebote, vor allem im Bereich der Fremdsprachen, besteht. Wir bitten Sie um Präzisierung während Ihrer Replik in dieser Angelegenheit.

Sehr geehrter Herr Minister Gentges,

Im Organisationsbereich 50 ist die VIVANT- Fraktion mit den Infrastrukturmaßnahmen bezüglich der Krankenhäuser und der Alten- bzw. Pflegeheime in St.Vith und in Eupen einverstanden.

Im Bereich Gesundheitswesen möchten wir ein Projekt thematisieren, obschon, und ich betone das ausdrücklich, die VIVANT- Fraktion dazu von Niemandem irgendeine Anfrage zur Stellungnahme erhalten hat.

Es ist das Thema der Kernspintomographie, welche entweder im Eupener oder im St.Vither Krankenhaus oder zur Nutzung in beiden Instituten eingerichtet werden soll.

Als Pensionär bin ich frei vom Vorwurf der unmittelbaren Befangenheit, und ich berufe mich auf die eingezogenen Erkundigungen.

Im Ausschuss hatten Sie, Herr Minister, zu diesem Thema die Möglichkeit einer mobilen Einheit, welche dann an gewissen Wochentagen dem Eupener und im Wechsel dem St.Vither Krankenhaus zur Verfügung stehen würde, angedeutet. Von sachkundigen Fachkräften erfuhr ich, dass eine solche Lösung letztlich verschwendetes Geld sein würde. Deshalb erfolgt diese Frage im Rahmen der Haushaltsdebatte. Neben der Belastung für das Gerät durch die ständige Standort Veränderung, wäre auch zu bedenken, dass bei dieser Teilung der Zuständigkeit, keinem der betroffenen Fachärzte die Möglichkeit geboten würde, sich kompetent in diese Techniken einzuarbeiten. Es ist also verständlich, dass es sich für Sie, als zuständigem Minister, um eine schwierige Entscheidung handelt.

Aus unserer Sicht sollten dabei die medizinischen und die sozialen Kriterien den unbedingten Vorrang haben. Die Bevölkerung der nördlichen Gemeinden der DG findet einen schnellen Zugang zu diesen Geräten in unmittelbarer Umgebung. Dies ist für die Betroffenen in den fünf Eifelgemeinden jedoch keineswegs der Fall. Das zweite zu berücksichtigende Kriterium wäre für uns die zu fordernde Rentabilität. Diese erscheint uns für beide Krankenhäuser gleichermaßen, und zwar unabhängig voneinander, gegeben. Wir bitten Sie also, diese Problematik im Rahmen Ihrer morgigen Replik zu kommentieren.

Im GE von Vorgestern, Montag, dem 4.12, titelte ein Bericht: "Immer mehr Kinder in Belgien leben in Armut". Bereits 17 Prozent der Kinder unter 15 Jahren sind betroffen. Es sind dann möglicherweise genau die Kinder und Jugendlichen, welche nicht die Chance auf einen Lehrplatz in der dualen Ausbildung erhalten, und folglich auch nicht am Vorzug einer Ausbildungsentschädigung teilhaben. Mit anderen Worten es besteht tatsächlich ein unfairen und verhängnisvoller Teufelskreis.

Auf die Gefahr hin, dass der VIVANT- Fraktion wieder vorgeworfen wird, wir würden hier Themen zur Sprache bringen, für die dieses Parlament und diese Regierung keine Zuständigkeit besitzt, nutzen wir trotzdem die Gelegenheit, nochmals auf die dringende Notwendigkeit eines Existenz sichernden Grundeinkommens für Jede/Jeden hinzuweisen. Von unterschiedlichen Gruppierungen und aus sehr unterschiedlichen Begründungen heraus, wird diese Möglichkeit jetzt verstärkt in Deutschland diskutiert. Neben dem CDU- Politiker Dieter Althaus, der Linken Partei und sogar der FDP, haben vor wenigen Tagen auch die Grünen dieses Thema ernsthaft diskutiert. Sehr viele triftige und einleuchtende Gründe sprechen für solch ein Grundeinkommen, und eigentlich kein einziger ernstzunehmender Grund dagegen. Wer jetzt sagt, das geht nicht, das ist nicht finanzierbar, dem muss man entgegen halten: Was jetzt Realität ist, geht auch nicht!

Kurz zusammengefasst können 5 überzeugende Argumente für ein bedingungsloses Grundeinkommen angeführt werden:

1. Es ist bedingungslos: Dadurch wird also die Würde jedes Menschen respektiert oder wiederhergestellt. Es gibt keinen sozialen Ausschluss z.B. als Arbeitsloser oder als Sozialhilfeempfänger mehr.
2. Es ist Personen bezogen und also nicht von der Arbeit abhängig.
3. Dadurch wird endlich die Kindererziehung finanziell anerkannt, eine längst überfällige Anerkennung durch die Gesellschaft.
4. Die Verwaltung der Sozialsysteme wird einfach, transparent und gerecht.
5. Die Kaufkraft der Bevölkerung und die regionale Wirtschaft werden gestärkt und die Konjunktur wird stabilisiert.

Herr Minister Gentges,

Wir regen deshalb in der Deutschsprachigen Gemeinschaft eine diesbezügliche breite Diskussions- Initiative von Ihnen und dem Ministerium an.

Die VIVANT- Fraktion ist selbstverständlich mit einer Vielzahl der im Haushalt festgehaltenen Projekte in den Organisationsbereichen 30, 40 und 50 einverstanden. Hierbei sind es vor allem die Projekte welche unmittelbar die Menschen betreffen, die unsere Zustimmung erhalten.

So z.B. in der Gesundheitsfürsorge, in der Altersversorgung und Pflege, im Unterricht und in der Ausbildung, bei der sicheren Versorgung mit gesundem Trinkwasser und mit nachhaltiger "grüner" Energie, bei der Unterstützung der Initiativen regionaler Vermarktung von gesunden Nahrungsmitteln, bei der notwendigen Mobilität, und auch in der kulturellen und sportlichen Betätigung der Bevölkerung, also der Menschen selber.

Es sind aber die Prioritäten, welche Sie, sehr geehrte Mitglieder der Regierung, in einigen Bereichen setzen, denen wir leider in keiner Weise zustimmen können.

Da ist zum einen die Art und Weise, wie vor allem Sie, Herr Ministerpräsident, die Deutschsprachige Gemeinschaft zu positionieren versuchen, die große Unkosten verursacht und nach unserer Meinung, und hierin fühlen wir uns durch die Bevölkerung bestätigt, weitgehend an den Menschen in der DG vorbeigeht, und die letzten Endes für unsere kleine Gemeinschaft, sowohl personell als auch finanziell, gleich mehrere Nummern zu groß ist.

Es ist zum anderen die fast zwanghafte Bautätigkeit in millionenschwere und nicht nachhaltige Projekte, welche einer Zustimmung der VIVANT- Fraktion zu diesem Haushalt radikal entgegensteht.

Zum Schluss richte ich nun noch einige kurze Sätze an Herrn Gerhard Palm.

Herr Palm,

Sie haben mich gestern nach meiner Stellungnahme eines schneidenden Tons bezichtigt, den man, wie Sie sagten, “von anderswo kennt“.

Ich frage Sie heute, was Sie mit dem Satz “schneidender Ton, den man von anderswo kennt“ sagen wollten, und ich erwarte von Ihnen eine annehmbare Antwort im Rahmen der heutigen oder der morgigen Plenardebatte, oder eine öffentliche Zurücknahme dieser Bemerkung.